

Jörg Metelmann ist Kultur- und Medienwissenschaftler. Er arbeitet seit 2007 an der Universität St.Gallen (Schweiz), wo er 2014 habilitiert und 2015 zum Ständigen Dozenten und Titularprofessor ernannt wurde. Nach interdisziplinären Forschungsprojekten zu den Themen Medienreligion, Public Value Management, Melodram und Moderne sowie integrative Wirtschaftsausbildung widmet er sich den kulturellen Grundlagen der zweiten »Großen Transformation« (www.transformatik.de). Letzte Publikationen: »Der Kreativitätskomplex« (Hg., mit Timon Beyes, 2018), »Transformative Management Education« (mit Ulrike Landfester, 2019).

Harald Welzer, geboren 1958, ist Direktor von Futurzwei – Stiftung Zukunftsfähigkeit und Professor für Transformationsdesign an der Universität Flensburg. Daneben lehrt er an der Universität St.Gallen. In den Fischer Verlagen sind von ihm erschienen: »Opa war kein Nazi«. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis« (zus. mit S. Moller und K. Tschuggnall, 2002), »Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden« (2005), »Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben« (zus. mit Sönke Neitzel, 2011), der »FUTURZWEI-Zukunftsalmanach 2017/18« (2016), »Selbst denken« (2013), »Autonomie. Eine Verteidigung« (zus. mit Michael Pauen, 2015), »Die smarte Diktatur. Ein Angriff auf unsere Freiheit« (2016), »Wir sind die Mehrheit. Für eine offene Gesellschaft« (2017) und zuletzt »Alles könnte anders sein. Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen«. Seine Bücher sind in 21 Ländern erschienen.

Weitere Informationen finden Sie auf www.fischerverlage.de

Jörg Metelmann / Harald Welzer (Hg.)

Imagineering

Wie Zukunft gemacht wird

FISCHER Taschenbuch

Jonas Görgen & Thomas Telios

»Erase and Rewind«

Zur Änderungsnotwendigkeit finanzialisierter Vernunft

SPIEGEL: Herr Professor, vor zwei Wochen schien die Welt noch in Ordnung ...

ADORNO: Mir nicht.

(»Keine Angst vor dem Elfenbeinturm«, Spiegel-Interview, 5.5.1969)

In diesem Beitrag wollen wir erläutern, wie man eine Wirtschaftswende denken könnte, die uns vom Kapitalismus in seiner neoliberalen, stark finanzialisierten Form in ein gutes Zusammenleben führt, für das beispielhaft die Commons-Ökonomie steht. Wir gehen dabei in zwei Schritten vor: Zunächst analysieren wir anhand einer Vierfelder-Matrix »Ökonomisches–Politisches–Soziales–Ideologisches«, was sich in den letzten 50 Jahren gesellschaftlich verändert hat – Stichworte hierzu sind vor allem: Finanzialisierung der Wirtschaft und Prekarisierung der Arbeitskraft. Ausgehend von diesen Erkenntnissen nennen wir vier Bereiche mit teilweise sehr konkreten Maßnahmen, die uns in die gar nicht so ferne Welt eines voll verwirklichten Sozialstaats bringen, in dem es keiner »nötig hat, fremde Freyheit zu kränken, um die seinige zu behaupten«, wie es Schiller in der »Ästhetischen Erziehung« so treffend formuliert.

Unser analytischer Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass es dem stark angewachsenen Finanzsektor gelungen ist, richtungsweisend und normierend für die gesamte Wirtschaft zu werden. Das heißt: Obwohl es parallel andere kapitalistische Mehrwert- und Arbeitsproduktionsformen gibt – auch noch immer Manchesterkapitalismus wie in den Kleidermanufakturen Südostasiens oder tayloristisch strukturierte Fließbandarbeit in chinesischen Großfabriken, weiterhin die konsumorientierte fordistische Produktion in US-amerikanischen Lagerhallen oder die koloniale Ausbeutung in den Regenwäldern des Amazonas und Kongo –, hat sich das globale Finanzkapital zum Taktgeber nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Politik und Gesellschaft entwickelt. Trotz der Allgegenwärtigkeit der Coronakrise im aktuellen politisch-gesellschaftlichen Diskurs möchten wir mit dem Eingangszitat von Adorno behaupten, die Welt ist nicht erst seit zwei Wochen aus den Fugen geraten.

Analyse: Ökonomisches – Politisches – Soziales – Ideologisches

Mit Thomas I. Palley (2007) kann man die allgemein wahrnehmbare Veränderung der letzten Jahre in einem Parallelogramm darstellen, das die Arbeitnehmer von vier Seiten »eingekesselt« und die Idee von Arbeit verändert hat. Die vier Seiten des Vierecks, die die Lohnarbeiter allseits unter Druck setzen, sind globalisierte Produktions- und Tauschverhältnisse, ein immer schwächerer und schmaler werdender Staat, die Auflockerung und Deregulierung von Arbeitsmarktgesetzen und nicht zuletzt der Niedergang des Anspruches auf Vollbeschäftigung (vgl. Palley 2007, S. 22). Neben den Veränderungen durch globalisierte Warenketten, die in Coronazeiten

von Produktionsumstellungen auf Masken auch der Letzte verstanden hat, ist in Deutschland besonders die Transformation der Erwerbsarbeit zu sehen, denn mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen ist hier der größte prekäre Beschäftigungsmarkt in Europa entstanden. Zieht man mit Lavoie (2012) noch die umweltethischen Probleme und die neue Rolle der Zentralbanken in die Analyse, entsteht ein Bild, das die Komplexität der wirtschaftlichen Abhängigkeiten vom Kapital zeigt.

Wir möchten dieses Bild in vier Perspektiven beschreiben:

a. Die ökonomische Perspektive: Keine »Idylle des Marktes«

Es gibt eine viel zitierte Weisheit der Moderne, die am Ursprung und am Ende aller auch aktuellen Krisenphänomene steht und die die Ausweg-/Alternativlosigkeit der gegenwärtigen Situation bedingt: »Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht«, also die wohlstandsstiftende Kraft des Marktes, der mit »unsichtbarer Hand« die bestmögliche Verteilung von Gütern je nach Bedürfnis organisiert. Dieses Credo nennt der Kulturwissenschaftler Joseph Vogl »Oikodizee« in Anlehnung an Leibniz' »Theodizee«, in welcher dieser sich bekanntlich gefragt hatte, wie es das Böse in der Welt geben könne, wenn es doch einen guten Gott geben soll. Die »Oikodizee« verschiebt diese Frage ins Feld der Wirtschaft und konstruiert die »Idylle des Marktes« als die Antwort auf die Frage, wie man das Böse verhindern und das Gute schaffen könne: »[E]inzig der Markt und seine Akteure [können] als Garantien spontaner Ordnung, innerweltlicher Vorsehung und Systemhaftigkeit überhaupt funktionieren« (Vogl 2016, S. 31). Dieses Narrativ gilt es für Vogl zu entzaubern, indem man wissenschaftliche Forschung jenseits der systemischen Interessen des »Oikodizee«-Konsenses ansiedelt und mit

kritischem Blick den gesellschaftlichen oder ethischen Konsequenzen eines formal-mathematischen Argumentes Beachtung schenkt, also Marktversagen ernst nimmt.

Innerhalb dieser ökonomischen Rahmenfiktion sind nach dem Ende von Bretton-Woods 1971 und dem Einsetzen der neoliberalen Revolution Anfang der 1980er Jahre zwei größere Veränderungen eingetreten:

Erstens gewannen die Finanzmärkte mit Zunahme der Dienstleistungsgesellschaft und der globalen Kapitalströme enorm an Wichtigkeit. Sie entkoppelten sich zunehmend vom Produktivitätswachstum, der dienenden Funktion für die Realwirtschaft und der Kreditfunktion für die Bevölkerung. Häufig hochgradig spekulative Finanzinstrumente auf Vermögens- und Schuldenseite, die Flutung der Märkte mit Geld sowie liberale Regeln im operativen Geschäft, die das ursprüngliche Risiko-Rendite-Profil aufbrachen, führten zu einem selbstverstärkenden Anstieg von verwalteten Schulden, Kapital und Profiten im Finanzsektor (Deutschmann 2015). Finanzdienstleister wurden in Größe und Wichtigkeit systemrelevant, so dass sie Staaten in die Knie zwingen und ihr eigenes Überleben garantieren können. Zusammen mit löchrigen Reporting-Standards und überforderten oder wegliberalisierten Aufsichtsorganen lässt dieser Status Freiräume zu, die, angetrieben durch kurzfristig ausgelegte Anreizsysteme, ohne Rücksicht auf Verluste anderer ausgenutzt werden können.

Zweitens kam es im nicht-finanziellen Sektor zu Struktur- und Verhaltensänderungen innerhalb der Unternehmen, charakterisiert im herrschenden *Corporate-Governance-Ansatz der Shareholder-Value-Maximierung*. Unternehmen ordnen sich den Interessen und Anforderungen des finanziellen Komplexes unter und fokussieren das Management über

kurzfristige, disproportionale Vergütungsstrukturen, basierend auf finanziellen Kennzahlen, auf Profitmaximierung. Im Gegenzug profitieren sie von neuen Expansionsmöglichkeiten einer Schuldenfinanzierung mit dem positiven Nebeneffekt der legalen Steuerlastminderung (neben den genutzten Steuerschlupflöchern) und höheren Eigenkapitalrenditen. Kapital wird dann nicht in Investitionen oder Lohnerhöhungen gesteckt, sondern in Kostensenkungen, Zinsbefriedigungen oder Eigenkapitalgeschäfte räumlich (»outsourcing«), zeitlich (»Investitionsstau«) und zweckgerichtet (in Finanzkapital statt Lohnarbeit) umgeleitet.

b. Die politische Perspektive: Keine soziale Marktwirtschaft mehr

Waren vormals *oikonomia* und die verbundenen Tätigkeiten der Zwecksetzung einer lebenswerten Gemeinschaft (*polis*) untergeordnet, kehrt sich dieses Verhältnis in der Oikodizee um – Wirtschaftsaktivität und Wachstumslogik installieren sich als Quasiursache für die Erhaltung sozialer und politischer Bande (vgl. Vogl 2016, S. 116 f., 132; Polanyi 1979). Der Staat steht in Aktivitäten, Ausgaben und Schulden unter Beobachtung der Finanzmärkte und wird vor dem Gericht der Ratingagenturen zum nationalen Wettbewerbsstaat (Rosenbaum 2009, Lapavistas 2012). Die politische Zwecksetzung verschreibt sich nicht mehr aristotelischen Idealen, sondern der vermeintlich indirekt wohlstandssteigernden Standort-sicherung, sich äußernd in Lohnkostensenkungen, Steuer-geschenken und Deregulierung. Es gilt die Minimalstaats- these mit einer zielkonformen Liberalisierung der Märkte: die »marktkonforme Demokratie«, wie sie Angela Merkel 2011 beschrieb (es ging, wie in der Coronakrise wieder, um Euro-bonds):

»Wir leben ja in einer Demokratie und sind auch froh darüber. Das ist eine parlamentarische Demokratie. Deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments. Insofern werden wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben.« (Merkel 2011)

Das Parlament hat die Rechte, muss sich aber marktkonform verhalten. Die Konsequenzen eines solchen Denkens rütteln auch an Deutschlands vielgerühmter sozialer Marktwirtschaft, die in ihrer Grundidee »(...) keine sich selbst überlassene liberale Marktwirtschaft, sondern eine bewusst gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft sein soll(te)« (Müller-Armack 1966, S. 159 ff.). Waren darin staatliche Eingriffe integraler Bestandteil sozialmarktwirtschaftlicher Steuerung, führte die von den Märkten geforderte und belohnte interventionistische Zurückhaltung und Haushaltsdisziplin zu ihrer Transformation in eine weitestgehend freie und eben gerade nicht soziale Marktwirtschaft, sowie zum gegenwärtigen Investitionsstau mit niedergewirtschafteten öffentlichen Bereichen von Bildung, Gesundheit über Verkehr bis zur Infrastruktur (z. B. fehlen € 138 Mrd. allein auf kommunaler Ebene in Deutschland, KfW Kommunalpanel 2019). Fehlende umverteilende Eingriffe, die im internationalen steuerwettbewerblichen »race to the bottom« zur Standortsicherung gerechtfertigt werden, während wenige von der Profitakkumulation überproportional profitieren und zahlreiche durch Lohnstagnation effektiv schlechter gestellt werden, bilden eine der Ursachen für globale und lokale Ungleichheiten und wachsende Haushaltsdefizite (vgl. Peukert 2010, S. 140 ff.).

c. Die soziale Perspektive: Wir alle sind Humankapital

Seit Jahrzehnten findet eine vermeintlich liberale Subjektivierung des *zoon politikon* statt. Es steht nun nicht nur in egoistischer Konkurrenz und im konsumtiven Vergleich zu seinem Nächsten, sondern in disziplinierender Weise auch der Arbeit am Selbst gegenüber. Es werden nach und nach »(g)enetische Ausstattung, Erziehung, Bildung, Wissen, Gesundheit und Familienplanung (...) gleichermaßen dem »ökonomischen Ansatz« (Lazzarato 2012, S. 138) und die Reproduktion von Individuum und Gesellschaft als *Humankapital* dem Selbsterhaltungsstreben des Neoliberalen unterworfen (vgl. Vogl 2016, S. 177). Die von Marx vorausgesagte reelle Subsumption der Gesellschaft unter das Kapital, die dem Industriekapitalismus nicht gelungen ist, scheint im Finanzkapitalismus erreicht (vgl. Marx 1974, S. 593; Marx 2011, S. 24–138).

Diese prekäre Lage raubt jedweden Möglichkeitssinn im panoptischen Hier und Jetzt. Vormalis sinnstiftende, tiefe soziale Bindungen, nun von Kurzfristigkeit, Oberflächlichkeit, Flexibilität, Risiko, Beurteilung, Misstrauen und Konkurrenz bestimmt und stets kurz vor dem Wegbrechen, führen zu Überforderung und Vertrauensverlust beim *zoon politikon*. Exklusiv verstandener Individualismus im neoliberalen Denkfehler, Freiheit ausschließlich negativ zu formulieren und jedweden Eingriff in den Markt als Eingriff in individuelle Freiheit zu verstehen, hat uns nicht dazu befreit, uns in Abwechslung zu entfalten, sondern den fragmentierten, »eindimensionalen Menschen« (Marcuse 1964) geschaffen.

Der eindimensionale Mensch klammert sich heute in seiner Suche nach Entfaltung, Bedeutung, Identität und Gemeinschaft an das, was ihm *auf dem Markt* angeboten wird:

einerseits seine Arbeit, die jedoch die Entfremdung, selbst in vermeintlich »guten« Jobs, nur fortführt – die Flucht hin zu und Wertschätzung von unternehmerischer Tätigkeit in Start-ups und der Gig-Economy zeigen das große Verlangen nach Selbstbestimmung und Freiheit; *andererseits* findet er Substitute in der simulierten Welt von Kommerz und Konsum, die diese Sehnsüchte bereits im letzten Jahrhundert identifizierte und sie über Konsumerlebnisse zu ihren Gunsten ausnutzt. Sharing Economy, Brand Communities, soziale Netzwerke, Freizeitparks, Shoppingmalls künden von dieser Appropriation menschlicher Sehnsüchte auf dem Markt. Nicht zuletzt beobachten wir in der Suche des entfremdeten Individuums nach Identität und Gemeinschaft auch eine Rückkehr autoritärer, nationalistischer Staatsformen.

d. Die ideologische Perspektive: Sieg der Simulakren

Die nachgezeichneten Entwicklungen sind über Kategorien-grenzen hinweg folgenreich und bewegen die tiefsten Fundamente unserer individuellen und kollektiven Existenz. Nähere Überlegungen eröffnen den Blick auf veränderte Wertschöpfung, ein neues Zeitverständnis und zunehmende Abstraktion in einer Simulakrenökonomie. Für die Wertschöpfung erfolgt in der Chrematistik, der »Kunst des Gelderwerbs«, eine teleologische Umkehrung des Geldes: Es ist nicht mehr Mittel, sondern einziger Zweck. Das löst die *oikonomia*, die Haushaltswirtschaft oder reale Produktion, von den Bedarfsgrenzen und begründet Grenzenlosigkeit in Profitmotivik, Wachstum und Akkumulation (vgl. Vogl 2016, S. 120). Geld, das als Wertäquivalent Tausch von Waren verschiedener Wertformen ermöglichen soll und dabei die Referenz auf die Nützlichkeit der Ware und den sie produzierenden Arbeitsaufwand braucht, emanzipiert sich von jenem und wird nun

im Finanzkapital zum eigenen sich selbst über den Zins reproduzierenden Wert.

Zeit wird in ihrer Funktion als Erwartungshorizont und Möglichkeitsraum von der Finanzialisierung kontrolliert (Quartale, Finanzjahr), entgrenzt (Futures) und gleichzeitig komprimiert (Echtzeitkurse, Stress). Ihr endloser Zukunftsbezug entfremdet das finanzökonomische Regime vom natürlichen, endlichen Zeitzyklus und macht die vollkommene Kontrolle über Heute und Morgen nötig, so dass die eintretende Zukunft den instrumentalisierten Erwartungen entspricht.

Abstraktion als genereller Trend unserer Wirklichkeit wird sichtbar in Finanzialisierung, Digitalisierung und deren Wechselwirkungen. Erstere kann dabei verstanden werden als Organisationselement dieser Abstraktion. Ihre Akteure, Konzepte, Statistiken, Börsenkurse oder Ratings repräsentieren nicht länger tatsächlich *existierende, realökonomische* Referenzpunkte (Davis 2018), sondern zeigen auf erwartete Ereignisse, die »ausführende Indizes« (Berardi 2012, S. 79) durch ihre gegenwärtige Artikulation selbst beeinflussen. Der Wert im Sinne von Geld basiert damit heute nicht mehr exklusiv auf der Produktion eines »nützlichen« Gebrauchswertes oder eines »Realen«, sondern auf dem Versprechen seiner selbst und wird von seiner Entstehung bis Realisation zum *Simulacrum*. Auch die Realökonomie bewegt sich durch die gerade am Anfang stehende Digitalisierung hin zu solchen simulierten Formen der Realität und Wertschöpfung (z. B. Marken, soziale Medien, Virtual Reality), die sich fortschreitend von Referenzpunkten des alltäglichen Lebenszyklus und konkreter Nützlichkeit entfernen.

»Was tun?« Lösungsvorschläge aus der Krisenpermanenz

Nach dieser kurzen Diagnostik wollen wir im zweiten Schritt Anstöße zur Diskussion liefern. In unserer Perspektive hat ein neu zu öffnender Möglichkeitsraum zwei Dimensionen, angelehnt an den Titel dieses Sammelbandes: a) Die Gegenwart herstellen (*Engineering*) und b) die Zukunft vorstellen (*Imagining*).

a) Die Gegenwart herstellen (*Engineering*)

Die größte Herausforderung einer kritischen Reflexion ergibt sich aus dem Markt-Credo der Oikodizee. Sie organisiert einen ideologischen Panzer umfassender Allianzen aus Akteuren von Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Politik, der nicht nur ihre Reproduktion gewährleistet, sondern auch die publike Formulierung von Alternativen unterdrückt. Um dem entgegenzuwirken, geschweige denn ihn zu durchbrechen, bedarf es einer Säkularisierung dieser Oikodizee. Ihr Nimbus der Allmächtigkeit und Universalität muss durch Rückbindung an die Realität verändert werden, und zwar zu einem evident fehlerbehafteten Markt(aber)glauben, dessen Konsequenzen viel zu oft hingenommen und zu selten hinterfragt werden. Die historisch vorbereitete, biologisch unterlegte Exklusionslogik des »Der Stärkere gewinnt« bedarf einer Reform. Sie sollte einer Inklusionslogik auf globalem Level weichen, die das Individuum, das mit technologischem Fortschritt noch viel stärker einer Flexibilisierung ausgesetzt sein wird, wieder gemeinschaftlich einbindet und dessen soziale Sehnsüchte befriedigt. Zudem muss das Primat des Marktes aufgebrochen werden. Die neue Erzählung verlangt Kooperation, Kompromiss und Solidarität, vereint mit moderierter, inhaltlich neu besetzter sozialer Freiheit. Wir brauchen ein

frisches Narrativ, weg von Wachstum, Beschleunigung und Entfremdung hin zu einer Sozialisierung in Gemeinschaft, Subsistenz des guten Lebens und Verunknappung finanzieller Mittel – wie in der Coronakrise im Namen des »Schutzes von Leben« unfassbare Summen in Rettungsschirmen bereitgestellt wurden.

Säkularisierung der Oikodizee

Die geistige Reform hin zur Säkularisierung beginnt bei der legitimierenden Funktion der Wissenschaft. Ökonomik sollte sich dort von einer mechanisch-statischen Methodik lösen, wo deren Anwendung den Grundsätzen der Wissenschaft nicht genügt, wo sie sich der Falsifizierbarkeit grundsätzlich entzieht. Sie muss sich als dynamische Sozialwissenschaft verstehen, die kulturelle Technologien, heterogene Konditionen und tatsächliche Praktiken behandelt (vgl. Vogl 2016, S. 175) und nicht länger Dogmen einer konsistenten, homogenen Systemidee predigt (vgl. Felber 2019).

Da die inklusive Logik der Ökonomie der Oikodizee ebenso fremd ist, wie ihr die eigene systemische Reproduktion innewohnt, gleichzeitig das flexible und fragmentierte Individuum nicht die Kraft der Gemeinschaft ohne weiteres in Strukturreformen umzuwandeln vermag, baut eine Alternative mit Fokus auf obigen Narrativen notwendigerweise auf Staat und Politik. Es geht nicht um die Heraufbeschwörung des Leviathans, sondern um die Rückbesinnung auf die gesellschafts- und freiheitsstiftende staatliche Verantwortung für soziale Teilhabe und politische Teilnahme. Insbesondere in der Coronakrise wurde die Wirkmächtigkeit des Staates evident, und dieser seltene Ausbruch aus markthöriger Unterwerfung zeugt von seinen Kapazitäten, diese Rückbesinnung anzutreiben.

Soziale Subjektivierung der Individuen

Das gute Leben, das als konzeptuelles Zielkriterium der staatlichen Maßnahmen gelten muss, erscheint heute in erster Linie abstrakt. Wir müssen lernen, es nicht mehr einzig als Funktion einer prosperierenden Simulakrenökonomie zu betrachten, in der makroökonomische Operationalisierungen wie Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (*BIP per capita*) und mikroökonomische wie Status oder monetäre Armut dominieren. Vielmehr geht es um Rückbesinnung auf familiäre und gemeinschaftliche Einbindung sowie auf unabhängige, freie Entfaltung. So bewegen wir uns näher an der ursprünglichen intersubjektiven Realität guten Lebens, die die grundlegende Homogenität fundamental menschlicher Bedürfnisse unterstreicht, welche durch Simulation lediglich vorgetäuscht wird. Sowohl Modelle der Psychologie und Glücksforschung als auch der prüfende Blick in unser Umfeld bieten hier Operationalisierungen der Bedürfnisse des guten Lebens, die heute schon existieren, jedoch bisher noch mehr über fortschreitende Flexibilisierung als wirklich stattfindende Neuorientierung aussagen. Erfassen wir Work-Life-Balance, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Suche nach Erfüllung im Beruf und außerhalb dessen als *übergeordnete* soziale Bedürfnisse und nicht als nachrangige Variablen in einem ökonomischen Trade-Off, erkennen wir wahre Sehnsüchte.

Selbstverständlich kommt der Freiheit des Individuums eine fundamental wichtige Rolle zu. Doch den zusehends libertären Grundlagen, die unserem heutigen neoliberalen Verständnis zugrunde liegen, muss eine mit der Gemeinschaft vereinbare Freiheit des Einzelnen entgegengestellt und ein gewisses Maß letzterer aufgegeben werden, um zu einer *sozialen Freiheit* zu gelangen, die dann erst allen Mitgliedern der Gemeinschaft in ihrer »Entwicklung als Freiheit« (Sen

1999) ermöglicht wird. Denn Bedingungen, die der Mensch zur Entfaltung in Freiheit braucht, sind, so bereits Smith, Hegel, Humboldt und Marx unisono, keine entfremdende und einschränkende Subjektivierung, sondern *Variabilität* und soziale *Einbindung*. Die Neubesetzung des individuellen Freiheitsbegriffs als positiven und *a priori* sozialen, gefestigt in einem »sozialen Kontrakt«, den ein jeder mit dem demokratisch legitimierten und kontrollierten Staat abschließt, der die Garantie positiver Freiheit durch Schaffung solidarischer Rahmenbedingungen übernimmt, sollte als die wahre Bedingung und nicht als Einschränkung zur Verwirklichung der Freiheit gelten. Im Sinne von Axel Honneths Rehabilitierung des Konzeptes des Sozialismus behaupten wir, dass sich eine solche soziale Subjektivierung des Individuums im Folgenden ergibt:

»Nur wenn jedes Gesellschaftsmitglied sein mit jedem anderen geteiltes Bedürfnis nach körperlicher und emotionaler Intimität, nach ökonomischer Unabhängigkeit und nach politischer Selbstbestimmung derart befriedigen kann, daß es sich dabei auf Anteilnahme und Mithilfe seiner Interaktionspartner zu verlassen vermag, wäre unsere Gesellschaft im vollen Sinne des Wortes sozial geworden.« (Honneth 2015, S. 166)

Stärkung von Staat und Kommune¹

Um individuelle soziale Teilhabe im demokratisch legitimierten und kontrollierten Staat zu gewährleisten und den sozia-

1 Für wichtige Anregungen zum Verständnis der Kommunen danken wir Tim Lampart.

len Kontrakt der gesteigerten unmittelbaren Bedeutung der Gemeinschaft gerecht werden zu lassen, bietet sich die Wiederbemächtigung der Kommune an: als regionale Gemeinschaft mit konsequentem Subsidiaritätsprinzip und mehr direkter Demokratie. Unmittelbare politische Teilhabe in der Kommune ist dabei *conditio sine qua non* für den Erfolg eines gemeinschaftsstiftenden Staates. Kommunen bieten den Vorteil hinreichend homogener Gruppen unter Berücksichtigung heterogener Bedingungen. Indem in Kommunen lokale Lösungen für lokale Probleme angeboten werden, machen sie den sozialen Kontrakt unmittelbar spürbar und betten das Individuum in die Gemeinschaft ein. Ein solches Wiedererstarken steht dabei dem supranationalen Gedanken beispielsweise einer EU keineswegs antagonistisch gegenüber. Die legislativen und judikativen Rahmenbedingungen, die ohne deren Zugriff auf die Kommune wirken, würden weiter universalisiert, während Exekution und Entscheidungsgewalt für unmittelbare Angelegenheiten in der Kommune verbleiben. Das Individuum subjektiviert sich also als doppelter Bürger (Habermas 2013, S. 69), fest in der Kommune verankert und unter den Freiheiten suprakommunaler Zusammenschlüsse. Dazu müssten insbesondere Nationalstaaten mehr Gewalt und Ressourcen auf niedrigere Ebenen delegieren. Um ein Gemeinschaftsgefühl bis auf die globale Ebene zu stärken, muss Solidarität mit Partnern auf der höchsten Ebene signalisiert werden. Dies scheitert nachweisbar in der Entwicklungsarbeit oder bei Hilfszahlungen des IWF oder ESM, die an die Konditionen eines asketischen Marktdiktates geknüpft sind. Dies verlangt vielmehr Transferzahlungen in den globalen Süden, vorstellbar für Arbeitsleistungs- oder Wissenstransfer oder gemeinsame Fiskalpolitik (Euro- bzw. Coronabonds). Eine wichtige Rolle fällt auch staatlicher Steuerpolitik und

ihrer Abkehr vom internationalen Steuerwettbewerb zu. Statt einem kompetitiven »race to the bottom« bedarf es einer stärkeren Umverteilung von Profiten und hohen Einkommen durch gemeinschaftlich koordinierte Besteuerung. Die umverteilten Ressourcen tragen am unteren Ende der Gesellschaft über Investitionen in Infrastruktur und Stärkung des Sozialstaates mehr zu einem guten Leben bei, als sie am oberen Ende kosten.

Die Agenten des Staates, allen voran Politiker, müssen sich wieder generell als die Diener des Volkes verstehen, die sie sind, was strenger Gesetzgebung zu Nebentätigkeitsverbot, strikter Lobbykontrolle und Karenzzeiten bedarf. Sie müssen (wieder) die Rolle eines kritisch-reflexiven Akteurs übernehmen, der, nicht Partikularinteressen, sondern repräsentierten Gemeinschaften verpflichtet, politische Teilhabe dort garantiert, wo direkte Demokratie keine Anwendung finden kann. Auch den Parteien in ihren Funktionen als konstituierende Elemente der Parlamente, Kanäle der kommunalen politischen Kommunikation und Akteure politischer Willensbildung, kommt eine wichtige Rolle zu, der sie wieder gerecht werden können, wenn sie wahre Alternativen anbieten und sich obigen Grundsätzen unterstellen.

Die öffentlichen Institutionen müssen – gegenüber solchen der Privatwirtschaft – entschieden aufgewertet werden, so dass eigene Expertise gefördert und externe Abhängigkeiten gemindert werden. Diese aufwertende Strukturreform muss fortgesetzt werden in benachbarten gesellschaftskritischen Bereichen der Gesundheit, Pflege und Erziehung, die vor Rationalisierungs- und Profitmotivik geschützt werden müssen (wie ebenfalls vielfach in der Coronakrise diskutiert). Diesen Maßnahmen kommt noch größere Bedeutung zu, wenn technologischer und medizinischer Fortschritt

unsere Lebenswelt nachhaltig verändert. Es sollte an dieser Stelle auch die Idee eines Grundeinkommens und die verringerte Wochenarbeitszeit, etwa die Viertagewoche, diskutiert werden (vgl. auch die »80/20-Zukunft« in diesem Sammelband).

Regulierung der Ökonomien

Ein neues Primat des Staates muss sich auch in den dringend notwendigen Regulierungen des freien Marktes ausdrücken. Die Liberalisierungswelle, die zur Entkoppelung der Finanz- von der Realökonomie führte und beide nun in eine übergreifende, ohne Bezug zum konkret Nützlichen stattfindende Simulakrenökonomie transformiert hat, sollte in umfassender Regulation rückabgewickelt werden. Hierzu liegen schon seit einiger Zeit *unmittelbar umsetzbare* Vorschläge² vor:

- *Vollgeldsystem*: Anders als beim geltenden Fraktionalen-Reserve-System besteht beim Vollgeldsystem eine hundertprozentige Deckungspflicht für Sichteinlagen (Bankguthaben mit geringer Laufzeit) mit Reserven bei der Zentralbank (Peukert 2013). Geld können dann die Geschäftsbanken nicht mehr selbst schöpfen, sondern allein die Zentralbank hat die Möglichkeit, die Geldmenge und damit auch die Kreditschöpfung zu steuern (Mayer 2015). Der Gewinn aus der Geldschöpfung kommt bei diesem System dem Staat zugute, der diesen dann gerecht umverteilen kann. Eines ist dennoch wichtig: Exzessive Geldschöpfung muss unter allen Umständen vermieden werden und dem Staat keine Alleinmacht beliebiger Geld-

² Für Hinweise, Einsichten und Kommentare zu diesen Änderungsvorschlägen bedanken wir uns bei Fabian Reckels und Martin Schanda.

schöpfung gestattet werden. Im Gegenteil muss eine kollektive Kontrolle mittels Aufsichtsräten gesetzlich festgehalten werden.

- *Trennbankensystem*: Analog zum Glass Steagall Act, der die US-amerikanische Bankenpolitik von 1933 bis 1999 prägte, müssen Investmentbanking und Kreditgeschäfte voneinander getrennt werden. Außerdem sollte eine absolute Bilanzgrenze sowie die Erhöhung relativer Eigenkapitalanforderungen für Banken und Finanzdienstleister eingeführt werden. Peukert (2011, S. 450, 473) schlägt hier eine Höhe von 100 Milliarden USD vor und diskutiert eine drastische Erhöhung der Basel-Richtlinien. Im Rahmen dieser Maßnahmen könnten zwei Pathologien Geschichte werden: *Erstens* das »too big to fail«-Argument, denn bei Trenngeschäft und Obergrenze gibt es keine Zentralisierung in den Händen weniger Player und ergo keine »Systemrelevanz« mehr, damit auch keine nötigen Staatshilfen. *Zweitens* würde anstelle von Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste über staatliche Hilfgelder aus Steuern ein reguliertes Bankensystem mit sinnvollem Handlungsraum entstehen.
- *Verbot toxischer Finanzinstrumente*: Abschließend ist auch ein Verbot sämtlicher schädlicher Finanzinstrumente sofort umzusetzen, worunter Rohstoffderivate-Handel oder die Bündelung von Risiken in positiv bewerteten collateralized debt/loan obligations (CDO/CLO) fallen. Diesen wohnt kein anderer realer Nutzen inne als die Bereicherung ihrer »Schöpfer« und den mit ihnen zockenden Spekulanten. Toxische Finanzinstrumente haben unsere Gesellschaften bereits einmal folgenreich an den Rand des Kollaps gebracht – nicht noch einmal!

Organisationen des Finanzsektors, insbesondere auch solche, die fernab der öffentlichen Wahrnehmung agieren, wie Schattenbanken etc., sollten auf ihre dienende Rolle im Kerngeschäft des Zahlungsverkehrs, der Kreditvergabe und der Investitionsfunktion reduziert werden nach dem oben schon angeführten Motto ›Trennen, Vereinfachen, Vervielfältigen‹.

Die kommunale Einbindung setzt sich auch in der ökonomischen Sphäre fort, und eine stärker regional eingebundene Realökonomie, orientiert am Nutzen der wiederbemächtigten Kommune, macht eine auf Globalisierung und Hegemonie aller Industrien getrimmte, vollkommen autonome Finanzindustrie obsolet. Wo sinnvoll, trägt sie nach wie vor globalen Kapitalströmen Rechnung, ermöglicht nun aber nur einen *Beitrag* zu einer engen Verknüpfung der Gemeinschaften, die nicht länger auf Kapitalinteressen, sondern sozialen Fundamenten ruht.

Die angrenzende Struktur bestehend aus u. a. Beratungen, Wirtschaftsprüfungen und Ratingagenturen, die die Finanzialisierung entscheidend in Sphären der Realwirtschaft mitgestaltet, muss ihrer prominenten Stellung und immanenten Interessenskonflikten entsprechend verstanden werden. Aufgaben der neutralen Kontrolle und Beratung bedürfen der Unabhängigkeit, und diese muss durch strikte Trennung von Prüfung, Beratung und Bewertung sichergestellt werden. Insbesondere Ratingagenturen sollten nicht länger monopolistisch über die konstitutive Macht der Gesellschaft hinweg über staatliche Versorgung mit Geld entscheiden und diese in der Kreditwürdigkeitsprüfung einem Unternehmen grundsätzlich gleichstellen.

b) Die Zukunft vorstellen (Imagining)

Unsere Zeiten verlangen mutige Maßnahmen fernab vom herrschenden Kanon, die zugleich Türöffner und Teil neuer Alternativen sein können. Hierzu hätten wir folgende zwei Hauptvorschläge: »Geld verunknappen« und »Commons«, wobei sich Letzterer noch einmal in drei konkret umsetzbare Unterpunkte gliedern lässt.

Geld verunknappen

Der erste dieser Vorschläge behandelt die Verunknappung des Geldes. Unsere gegenwärtige Erzählung ist charakteristisch gekennzeichnet von der Knappheit von Gütern, ganz besonders der Begrenztheit von Geld, und hier besticht die Überzeugungskraft der kapitalistischen Erzählung. *Unser Vorschlag zielt darauf, künstliche finanzielle Ketten abzulegen.* Diese Forderungen hört man nicht erst aktuell im Hinblick auf in ihrem Ausmaß ungekannte Finanzspritzen. Ähnliche Ideen werden, beispielsweise im Rahmen der Modern Monetary Theory³, breit diskutiert und haben ihre Fürsprecher in Politik, Ökonomik und Wirtschaft.⁴ Die Selbstverständlichkeit der finanziellen Restriktionen des Staates beruht auf selbstaufgelegten, teils schwer nachvollziehbaren Schranken (vgl. dazu die Geschichte hinter der 3-Prozent-Defizitgrenze der EU in Schubert 2013), die, in der Austeritätspolitik gipfelnd, das Wohle der Bevölkerung vollends vergessen zu haben scheinen. Es soll natürlich ein gewissenlos verschwenden-

3 Die Theorie beschreibt ein makroökonomisches System, in dem Staaten mit Zentralbanken, die ihre Währung selbst ausgeben, keine finanziellen Beschränkungen haben, auch wenn es um Staatsausgaben geht, vgl. Wray (2012).

4 Für eine Darstellung der Debatte vgl. Coy / Dmitrieva / Boesler (2019).

derischer Staat beschränkt werden – Verschwendung von Steuermitteln ist unsozial. Staaten jedoch, die über neue kommunale und nationale Entscheidungswege auch bezüglich Investitionen verfügen, könnten, von ihrem Sparzwang befreit, ihren Aufgaben gerecht werden, ohne mit dem privaten Sektor um knappe Ressourcen zu konkurrieren. Disziplinierung der Ausgaben muss gewährleistet ist, wobei »diszipliniert« nicht »asketisch« heißt. Statt auf Basis unklarer Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation zu agieren (vgl. Lanz 2014), wäre die Überlegung, staatliche Ausgabenpolitik an reale Schranken wie CO₂-Emissionen oder Richtwerte basierend auf neuen Kriterien der Wohlfahrt (s. o.) zu binden.

Geld als für den Staat unknappes Mittel könnte damit nötige Wenden zu einer Sozialökonomie einleiten und Staaten in all ihren gegenwärtig und zukünftig wichtigen Aktivitäten, von Altersvorsorge über Gesundheit bis Umwelt vom Sparzwang trennen, was Menschen und Gesellschaft eine gänzlich neue und wirklich freie Entfaltung ermöglichen würde. Die Schreckensvorstellung eines omnipotenten Staatsapparates, der unermessliche Kontrolle in kleinen Machtzirkeln konzentriert, was Hayek (1944) dem Sozialismus bescheinigte, wird durch die erstarkten Kommunen und deren Disziplinierung und Konstitution⁵ abgewendet. Stattdessen stiftet der Staat durch seine monetäre Befreiung gestärkt schließlich eine auf gänzlich anderen Grundsätzen der Wertschöpfung beruhende Erzählung.

5 Fromm (2017) offeriert hier die Idee eines Aufsichtsrates mit »Männern und Frauen, deren Integrität über jeden Zweifel erhaben ist« (S. 236).

Commons

Diese wäre, das ist der *zweite Vorschlag*, im Rahmen einer Commons-oikonomia möglich, die einem grundlegenden Problem politischer Ökonomie – den Konsequenzen des (Privat-)Eigentums – begegnet, indem sie neuen Handlungslogiken außerhalb des Marktdiktates folgt. Sie löst dieses Diktat in der Kommune auf und erlaubt freier Entfaltung in Gemeinschaft am nächsten zu kommen, da gleichzeitig die Entfremdung vom eigenen Werk im selbstorganisierten Schaffensprozess beendet und dieser einzig auf die Erfüllung eigener gemeinschaftlicher Bedürfnisse durch Schaffung von Nützlichem ausgerichtet wird. Technologischer Fortschritt wird güterübergreifend, unter anderem durch Effizienzgewinne aus Automatisierung, grundlegend noch-kapitalistische (Anti-)Produktion in Wirtschaft und Gesellschaft paradigmatisch verändern, wie es menscheitsgeschichtlich nur wenige Entwicklungen wie das Feuer, die Agrarrevolution oder die Industrielle Revolution zu tun vermochten.

Dies erfordert nicht nur ein gänzlich neues Verständnis von Produktionskosten, Wert- und Sinnschöpfung menschlicher Arbeit (Rifkin 2014), sondern auch radikales Umdenken bei bestehenden Systemen und Strukturen. Angesichts von Unsicherheit und Überforderung, eine zum jetzigen Zeitpunkt utopisch anmutende Welt zu gestalten, braucht es einen langfristig orientierten Ansatz, der mittels »Stabilisatoren« (vgl. Koselleck 2006) einen Weg von Maß und Mitte beschreitet und nicht den von antagonistischer Kritik technologieoptimistischer Kontinuität und apokalyptischer Radikalität. Wenngleich auch das Commons-System der Idee übergeordneter staatlicher Autorität kritisch gegenübersteht, so muss doch festgehalten werden, dass der Staat – ausgerichtet auf Aristotelische *φιλία* oder Solidarität – den Zusammen-

schluss solcher Kommunen als ein solcher »Stabilisator« fördern und so als Steigbügelhalter für die Ausgestaltung der Commons-Idee fungieren kann.

Die Commons-Idee fügt sich in eine neue soziotechnisch produzierende Dynamik ein und böte die einzigartige Möglichkeit, das Ziel eines sozial eingebundenen, freien Individuums als *a-priori*-Fixpunkt und Zweck aller Bemühung zu installieren. So können sich Menschen durch das Teilen im Commoning als positiv-reziproke Aktivität einerseits zusammenfinden und andererseits im realen bedürfnisbefriedigenden Produkt ihrer Arbeit wiederfinden. Dies würde einer entfremdenden Simulakrenökonomie entgegenstehen. So kann – und damit schließen wir unsere Traum-Sequenz – im Commons-Denken die Emanzipation vom gesamtgesellschaftlich wirkenden konkurrenzorientierten, exklusionslogischen und individuell entfremdenden Besitzdenken hin zu bedürfnisorientierter, inklusiver Solidarlogik und individueller freier Subjektivierung und Entfaltung eines nunmehr gemeinsamen Seins vorweggenommen werden.

Um diesen noch fern erscheinenden Punkt einer vollendeten Sozialität der Freiheit zu erreichen, können schon jetzt konkrete Schritte unternommen werden, von denen wir drei nennen möchten:

Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)

Das BGE ist die einzige Möglichkeit, den angestrebten Änderungen in der Arbeitswelt nicht nur entgegenzukommen, sondern dies gerecht zu tun. Das BGE garantiert nicht nur ein unabhängiges Leben ohne Ausbeutung, es setzt in der Praxis auch einen Verfassungsgrundsatz um: dass jedes Individuum gleich wichtig für das gemeinsame Leben ist und dass es deshalb nicht auf seine Arbeitsleistung ankommt, um sich als

Gleicher unter Gleichen behaupten zu können. Deshalb muss das BGE zumindest 50 Prozent höher sein als der Mindestlohn. Zugleich muss sich das BGE immer steigern, um damit seine Umverteilungsfunktion zu bewahren und nicht als Sozialhilfemittel wahrgenommen zu werden wie die Grundversicherung über Hartz IV heute.

Unterwegs zu den »Vereinigten Staaten von Europa«

Die EU sollte konsequent den Pfad der Fiskalunion beschreiten. Insbesondere Deutschland und seine Mitläufer sollten ihre verweigernde Haltung bei ersten wichtigen Schritten, wie den Eurobonds, aufgeben. Nicht nur die fiskalische Vereinheitlichung, sondern auch die sozial- und wirtschaftspolitische Sphäre sollten homogenisiert werden. Nur so kann gesellschaftliche Verbesserung des einen von der Verschlechterung des anderen getrennt werden (Deutschlands Exportüberschuss), und nur so kann ein gemeinsames politisches Auftreten die Macht der globalen Märkte brechen. Zudem sollten soziale Rechte (z.B. europaweite Arbeitslosen- und Krankenversicherung) eingeführt werden, die ebenfalls von der Idee zeugen, dass sich die Bürger Europas ihrer Zusammengehörigkeit bewusst geworden sind. Letzteres würde auch diejenigen Lücken aufdecken, die z.B. immer noch und immer weiter ermöglichen, dass Steueroasen in Europa systematisch weiterblühen! Dieser Weg würde die Handlungsfähigkeit der EU, die ja am Wohle ihrer Bürger ausgerichtet sein sollte, global immens stärken und der europäischen Idee einer Union ihren alten Glanz zurückverleihen.

Demokratisierung von Markt und Arbeitsplatz

Die bereits erwähnte Pluralität, Kommunalität und die Feststellung, dass alle Individuen und Gesellschaftsmitglieder

gleich wichtige und unverzichtbare gesellschaftliche Arbeit leisten, muss sich in allen Bereichen des Marktes und am Arbeitsplatz manifestieren. Deshalb müssen Kartellbildung oder Re-Monopolisierung unterbunden werden. Monopolisierende Unternehmen werden nicht nur immer größer, sondern kontrollieren auch selbst immer mehr andere Unternehmen. Diesem Trend Einhalt zu gebieten bedeutet nicht, Wettbewerb um des Wettbewerbs willen nicht mehr gutzuheißen. Es geht vielmehr darum, der Machtkonzentration ein Ende zu setzen und ein demokratisches Wirtschaftsgeschehen zu ermöglichen. Dies wird allererst dadurch ermöglicht, dass Kunden bzw. Mitarbeiter dieser Unternehmen Kritik ohne Angst vor Ausschluss üben können. Das Verhalten am Arbeitsplatz ändert sich, wenn die Macht dieser Unternehmen am Arbeitsplatz dadurch verringert wird, dass sie nicht mehr alleiniger Anbieter solcher Arbeit sind. Das ›Überleben‹ am Arbeitsplatz ist unter diesen Bedingungen dann nicht mehr nepotistischen und klientelistischen Verhältnissen unterworfen. Auch hängt dann das soziale Ansehen, die soziale Distinktion, die Anerkennung, die jedem Individuum in einer demokratischen Gesellschaft bedingungslos zukommen sollte, nicht länger von seinem Arbeitsplatz in einem hippen, exklusiven, systemrelevanten etc. Unternehmen ab. Schließlich erlaubt die Verunmöglichung von Monopolen, dass gewisse, für ein unabhängiges politisches Leben notwendige Funktionen, die auf diesen (Plattform-)Marktplätzen durchgeführt werden (siehe Facebook-Datenschutzdebatte), weiter der Kontrolle durch die Öffentlichkeit unterliegen.

Literatur

- Berardi, Franco (2012). *The Uprising*. Los Angeles: Semiotexte.
- Coy, Peter; Dmitrieva, Katia & Boesler, Matthew (2019). Warren Buffett Hates It. AOC Is for It. A Beginner's Guide to Modern Monetary Theory. In: Bloomberg Businessweek. Internet: <https://www.bloomberg.com/news/features/2019-03-21/modern-monetary-theory-beginner-s-guide> [abgerufen am 6. 4. 2020].
- Davis, Aeron (2018). Forget Neoliberalism: It's Financialization, Stupid! Interview with Aeron Davis. In: Daniel Cuonz, Scott Loren & Jörg Metelmann (Hg.): *Screening Economics. Money matters and the ethics of representation*. Bielefeld: transcript, S. 175–87.
- Deutschmann, Christoph (2015). Finanzialisierung der Welt. In: *Le Monde diplomatique / Kolleg | Postwachstumsgesellschaft: Atlas der Globalisierung*. Berlin: Le Monde diplomatique/taz Verlags- und Vertriebs GmbH, S. 20–21.
- Felber, Christian (2019): *This is not Economy. Aufruf zur Revolution der Wirtschaftswissenschaft*. Wien: Deuticke.
- Habermas, Jürgen (2013). Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Vol. 5, S. 59–70.
- Hayek, Friedrich (1944). *The Road to Serfdom*. Abingdon: Routledge Press.
- Koselleck, Reinhart (2006). Einige Fragen an die Begriffsgeschichte von »Krise«. In: Ders.: *Begriffsgeschichten*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 203–217.
- Lanz, Martin (2014). Konsternation um Arbeit und Inflation. In: *Neue Zürcher Zeitung*. Online verfügbar: <https://www.nzz.ch/wirtschaft/arbeit-und-inflation-im-frieden-118371752> [abgerufen am 4. 4. 2020].

- Lapavistas, Costas (Hg.) (2012). *Financialisation in Crisis*. Leiden: Brill.
- Lavoie, Marc (2012–13). Financialization, neo-liberalism, and securitization. In: *Journal of Post Keynesian Economics*, Vol. 35, Nr. 2, S. 216–233.
- Lazzarato, Maurizio (2012). *Die Fabrik des verschuldeten Menschen*. Berlin: b-books.
- Marcuse, Herbert (1964). *One-Dimensional Man*. Boston: Beacon Press.
- Marx, Karl (1974). *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie*. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl (2011). Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses. In: *Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) II/4.1*. Berlin: Dietz, S. 24–138.
- Merkel, Angela (2011): Pressestatement. Online verfügbar: <https://archiv.bundesregierung.de/archiv-de/dokumente/pressestatements-von-bundestkanzlerin-angela-merkel-und-dem-minister-praesidenten-der-republik-portugal-pedro-passos-coelho-848964>
- Müller-Armack, Alfred (1966). *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration*. Freiburg: Rombach.
- Palley, Thomas (2007). Financialization: What is it and why it matters. In: *The Levy Economics Institute Working Paper Collection*.
- Peukert, Helge (2010). *Die große Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise. Eine kritisch-heterodoxe Untersuchung*. Marburg: Metro-polis.
- Polanyi, Karl (1979). *Ökonomie und Gesellschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Rifkin, Jeremy (2014). *The Zero Marginal Cost Society. The internet of things, the collaborative commons, and the eclipse of capitalism*. New York: Palgrave Macmillan.

- Rosenbaum, Jens (2009). *Der politische Einfluss von Rating-Agenturen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sassen, Saskia (2001). *The Global City*. New York, London, Tokyo. Princeton: Princeton University Press.
- Schubert, Christian (2013). Wie das Maastricht-Kriterium im Louvre entstand. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Online verfügbar: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/3-prozent-defizitgrenze-wie-das-maastricht-kriterium-im-louvre-entstand-12591473.html> [abgerufen am 4. 4. 2020].
- Sen, Amartya (1999). *Development as Freedom*. Oxford: Oxford University Press.
- Vogl, Joseph (2016). *Das Gespenst des Kapitals*. Zürich: Diaphanes.
- Wray, Larry (2012). *Modern Money Theory. A Primer on Macroeconomics for Sovereign Monetary Systems*. London: Palgrave Macmillan.